

3 DEZ 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/242

Bonn, den 3. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Klarheit schaffen! 55

Zur gegenwärtigen Phase der Regierungskrise

2 Prestigegewinn 32

Bewährung der Vereinten Nationen

3 - 5 "Worauf wir nicht verzichten" 160

Es geht um das Recht,
für das der zweite Weltkrieg geführt worden ist
Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

6 - 7 Botschafterwechsel in Ostberlin 70

Fragen um Perwuchins Abgang
Von E. Zachmann, Berlin

Chefredakteur Günter Markscheffel

Klarheit schaffen !

Zur gegenwärtigen Phase der Regierungskrise

sp - Zu Beginn der sechsten Woche nach Auslösung der sogenannten Spiegel-Aktion, nach dem Rücktritt der FDP-Minister und dem etwas später erfolgten Rücktritt der CDU/CSU-Minister aus der Bundesregierung, versuchen nunmehr die Führungsgremien der CDU/CSU eine Entscheidung darüber zu treffen, ob sie erneut eine Koalitionsregierung mit der FDP bilden sollen oder nicht. Das ist insofern ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte, als es sich hierbei nicht nur um Überlegungen einiger Außenseiter in den Reihen der CDU und CSU handelt, sondern um das Ergebnis von Einsichten, die entscheidende Gruppen dieser Parteien offenbar endlich gewonnen zu haben scheinen.

Eine dieser Einsichten könnte die Überlegung sein, daß die deutsche Demokratie ohne ein vernünftiges Verhältnis der CDU/CSU zur Deutschen Sozialdemokratie, die jetzt zwölf Millionen Wähler auf sich vereinigt, keine solide Grundlage hat. Es ist nicht die Schuld der SPD, daß man dies bei den Freunden Adenauers erst jetzt begreift; manches hätte in der deutschen und internationalen Politik - zugunsten Deutschlands - sicher anders angepackt werden können, als bisher.

Wir wissen zur Stunde nicht, welche Entscheidung die Führungsgremien der CDU/CSU treffen werden. Um aber jeder voreiligen Spekulation die Spitze abzubiegen, sei folgendes festgestellt:

1. Die SPD wird sich nicht als Prellbock für die Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und FDP benutzen lassen.
2. Sie wird nicht zulassen, daß mögliche Gespräche zwischen ihr und der CDU/CSU den Charakter von Erpressungsmanövern dieser Parteien gegenüber der FDP erhalten.
3. Die SPD setzt bei jeder Art von Gesprächen über die Bildung einer zukünftigen Regierung voraus, daß die Verantwortlichkeiten für die im Zusammenhang mit dem Rücktritt aller Bundesminister zutage getretenen Unklarheiten und sogar Unge-setzlichkeiten geklärt und die Verantwortlichen, ohne Ansehen der Person und Parteizugehörigkeit, zur Rechenschaft gezogen werden.
4. Eine mögliche Verbesserung des bisherigen Verhältnisses von CDU/CSU und SPD muß die Klärung und Abgrenzung der Grundlagen einer wirkungsvollen deutschen Innen- und Außenpolitik haben.

Die unter Punkt drei genannte Voraussetzung muß deswegen erfüllt werden, weil die von Bundeskanzler Dr. Adenauer am 23. November 1962 über Rundfunk und Fernsehen abgegebene "Tatsachenerklärung" zur sogenannten Spiegel-Affäre und ihrer Begleiterscheinungen, die bekanntlich zum Rücktritt aller Bundesminister führten, noch sehr viele Fragen offen ließ. Die SPD kann nicht zulassen, daß die hierdurch in unserem Volk entstandene Unruhe gegenüber den bisherigen Bonner Regierungsmethoden mit Hilfe halber oder unvollständiger Wahrheiten überdeckt wird.

Dieser Hinweis möge allen denen zur Charakterisierung der Haltung der Deutschen Sozialdemokratie dienen, die vielleicht glauben, es gehe der SPD in dieser Situation lediglich um das Auswechseln von einigen

Personen an der Spitze des Staates.

Die letzten Wochen haben uns sehr deutlich gezeigt, daß unser Volk nicht die Demokratie als Staatsform für das unkorrekte Verhalten einiger Minister verantwortlich macht; unser Volk will Sauberkeit und Klarheit an der Spitze des Staates. D a r a u f kommt es jetzt an, und jeder ganz gleich, welcher Partei er angehören mag - der bereit ist, diesen Grundsatz an den Anfang aller Überlegungen zur Bildung einer neuen Regierung zu stellen, ist aufgerufen, hierbei zu helfen.

+ + +

Prestigegewinn.

sp - Scheint sich die im Falle Kuba eingetretene Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auch auf andere strittige Bereiche der Weltpolitik auszudehnen? Es gibt dafür hoffnungsvolle Anzeichen. Die ohne Diskussion erfolgte Verlängerung der Amtszeit des amtierenden Generalsekretärs der Vereinten Nationen, U Thant, bis zum Jahre 1966 wirkt wie ein Wunder. Die Sowjetunion hat stillschweigend den seinerzeit so heftig umstrittenen Plan fallengelassen, das Generalsekretariat in drei gleichberechtigte Sekretariate aufzusplittern. In der Praxis hätte diese Prozedur zur Lähmung des Generalsekretariats der UNO geführt, es hätte keine handlungsfähige Exekutive gegeben.

Aber welchen unschätzbaren Wert eine solche hat, davon mußte sich auch ein Chruschtschow während der dramatischen Zuspitzung der Kuba-Krise überzeugen lassen. Die Vereinten Nationen wurden zur Brücke, auf der sich die Unterhändler Moskaus und Washingtons begegneten. Ohne die Vermittlerdienste des Generalsekretärs U Thant wäre der Erfolg fragwürdig gewesen. Die in manchen Kreisen so viel gelästerten Vereinten Nationen gingen politisch und moralisch gestärkt aus dieser Weltkrise hervor, sie haben einen Prestigegewinn zu verzeichnen, der manchen Mißerfolg der letzten Jahre wieder aufwiegt.

Hier drängen sich Vergleiche mit dem Genfer Völkerbund auf. Dieser zerfiel, weil er keine Autorität besaß, ein Mitglied nach dem anderen verließ ihn. Bisher ist noch kein einziger Austritt eines Mitgliedstaates aus der UNO erfolgt, auch dann nicht, wenn dieser Staat vor diesem Weltforum auf der Anklagebank stand. Jeder neue Staat bewirbt sich um die Aufnahme, und dies mit gutem Grund. Hier findet er für seine Nöte, Sorgen und Beschwerden das Ohr der Welt, er kann auch die Dinge zum Guten oder Schlechten beeinflussen. Die Vereinten Nationen können jedoch keine Wunderdinge ausrichten, sie sind so stark oder so schwach, wie es ihre Mitglieder wollen. Ihrer moralischen Autorität kann sich jedoch kein Staat entziehen.

Gäbe es die UNO nicht, wäre es dunkel in der Welt.

+ + +

"Worauf wir nicht verzichten"

Von Herbert Wehner, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Die Deutschen lassen sich weder vom Osten erpressen, noch vom Westen beschwichtigen; auch für sie gilt das Recht, für dessen Durchführung der zweite Weltkrieg geführt wurde. Diese Grundgedanken entwickelte Herbert Wehner in seiner Rede vor dem Jahreskongreß Unteilbares Deutschland in Berlin. Wir geben sie, nur unwesentlich gekürzt, im folgenden wieder:

Heute geht es bei der politischen Diskussion im freien Teil Deutschlands nicht mehr darum, ob wir der Einheit Deutschlands unmittelbar näherkommen können, indem wir dieses oder jenes jetzt tun oder unterlassen. Seit 4 Jahren bietet die sowjetische Politik in der Deutschlandfrage nur noch 3 Möglichkeiten an: Erstens einen im Wort und Text gleichlautenden Vertrag mit den zwei Teilen Deutschlands, die sich Staaten nennen mit einer separaten Lösung für Westberlin, und wenn wir das nicht wollen, als zweites Verträge mit gewissen Unterschieden, die mit jedem der beiden Teile für sich abgeschlossen werden können, auch mit einer separaten Lösung für Westberlin, und wenn man auch damit nicht einverstanden sein kann oder will, dann hat die sowjetische Politik mal stärker mal weniger penetrant, aber immer wieder in Erinnerung bringend, von einem Vertrag mit ihrem eigenen Geschöpf, von einem separaten Vertrag mit der Zonenregierung gesprochen, auch mit Konsequenzen für Westberlin.

In jedem der drei Fälle, die die sowjetische Politik mit den Noten vom 27. Nov. 1958 und vom 10. Jan. 1959 bietet, geht es um die Fixierung der Teilung, geht es um ein Teilungsdiktat und nicht, wie sie sagen, um einen Friedensvertrag. Aus diesem Grunde sind bei uns die Fronten der politischen Auseinandersetzung nicht mehr Fronten des Streites darüber, ob dieses oder jenes geschehen oder anders geschehen sollte, um zur Wiedervereinigung zu kommen, sondern es sind Fronten, deren eine sich mit der abfinden möchte, was man "die Realität" nennt und deren andere die Realität des Anspruches der Deutschen auf das Recht der Selbstbestimmung ins politische Feld führen will, mit all den Schwierigkeiten und all den Notwendigkeiten, die sich aus einem so großen politischen Vorhaben ergeben. Daber möchte ich sagen: Wir verzichten als Deutsche im freien Teil Deutschlands auf keinen unserer Ansprüche; weder auf den, als ein Volk in einem demokratischen Staat zu leben, noch auf den, daß die Grenzen in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes festzulegen sind.

Bombe mit Zeitzünder an den Weltfrieden

Das sind unsere beiden Ansprüche, die wir etwa deshalb nicht aufgeben, weil wir unverbesserlich Gestrige wären, sondern weil wir uns mit aller Bescheidenheit, die uns ansteht, mitverantwortlich fühlen für die Zukunft nicht nur des eigenen Volkes, sondern auch Europas und darüber hinaus. Wer eine Deutschlandregelung für möglich hält, bei der unter dem Druck von Macht und Gewalt Deutsche heucheln, auch sie seien damit einverstanden, daß in dem einen Teil Deutschlands russische und in dem anderen Teil andere Prinzipien herrschen, der legt eine Bombe mit Zeitzünder an den Weltfrieden. Und wer glaubt, ein Verzicht auf die Grenzregelung in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes könnte die Sowjetunion umstimmen, der übersieht, daß sie jene Grenze - wenn das eine ist - sowieso in der Hand hat. Eine Friedensordnung mit einer Fixierung der Teilung Deutschlands trägt den Keim des Unfriedens und schlimmstenfalls des Krieges in sich. - Wir sagen das nicht, weil wir drohen wollen, weil wir Revanchisten wären oder Illusionisten wären, wie man es in der inneren Diskussion

hören kann, oder Doktrinäre des formalen Rechtes, Aus keinem dieser Gründe, das kann man für die deutsche Politik sagen, für die Politik der Bundesregierung unbeschadet der Regierungskonstellation, das kann man für die Bevölkerung sagen und das gilt auch für die Organisationen und Verbände der Heimatvertriebenen, die in ihrer Charta seinerzeit gesagt haben, daß wir das, was wir nicht anerkennen, weil es Unrecht ist, nicht mit Gewalt ändern wollen und uns unser Recht nicht mit Gewalt holen wollen. Aber Verzicht auf Gewalt heißt doch nicht Anerkennung der Gewaltakte anderer, oder Besiegelung solcher Gewaltakte durch Resignation gegenüber fremder Gewalt.

Weder Erpressung noch Beschwichtigung

Es sei mir gestattet, an das Zeugnis Dr. Schumachers zu erinnern. Er sagte unmittelbar nach dem Kriege: "In Deutschland wollen die Menschen als Demokraten leben, aber man erlaubt es ihnen nicht, nämlich dort, wo die anderen herrschen." Er hat damals den Finger auf eine Wunde gelegt. Es sei das Recht, für das der Krieg geführt worden ist und niemand habe das Recht, es uns streitig zu machen, nämlich dieses Recht, auch in Deutschland ein Leben als Demokraten zu führen, dieses Recht, so drückte er es aus, für das dieser Krieg geführt worden ist.

Ich führe diese Worte an, um uns und anderen klarzumachen, daß es nicht die Revanchisten, die Gestrigen sind, die solches sagen, sondern diejenigen, die für das Recht gekämpft oder gelitten haben. Und mit ihnen sagen das und beharren auf diesen Anspruch auch die jungen Menschen die man rechtens nicht mit dem belasten kann, was man sonst den erwachsenen Deutschen mehr oder weniger glaubt vorwerfen zu müssen. Solange die jungen Menschen nach Klarheit in dieser Frage verlangen und um sie ringen, solange ist es auch nicht schlecht bestellt um die Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieses Anspruches. Weder kann uns der Osten erpressen, im Namen unserer unterdrückten Landsleute auf deren Recht zu verzichten, noch kann uns der Westen beschwichtigen. Zugeständnisse auf Kosten des Rechtes derer zu machen, die unter Druck leben müssen. Das ist unser Sachverhalt, dort stehen wir. Westen und Osten stehen einander hochgerüstet gegenüber, und bei dem, was man die Kucakrise nennt, haben wir miterlebt, wie Krieg und Frieden auf des Messers Schneide standen. Was wir in dieser Situation brauchen, das ist die Gewissheit, daß wir uns aufeinander verlassen können, im Hinblick auf das Recht, für das der zweite Weltkrieg geführt worden ist.

Dieses Recht kann heute, wie die Dinge liegen, nicht durchgesetzt werden in den Ländern und für die Menschen, die im Sowjetblock unter kommunistischer Herrschaft leben, aber dieses Recht setzt sich, wenn auch in einem schmerzlichen Prozeß, auch dort durch, sehr allmählich, in Bruchteilen vor Millimetern.

Zwei Pfeiler deutscher Politik

Für die deutsche Politik sehe ich die Notwendigkeit, sich auf zwei Pfeiler zu konzentrieren, zwei Pfeiler für eine Brücke zu errichten und zu stärken, auf der wir uns schließlich mit unseren in Unterdrückung lebenden Landsleuten wieder treffen werden.

Der eine Pfeiler ist die europäische Vereinigung und zwar als eine Forderung und nicht nur als etwas, das wir hinnehmen müssen. Dieses vereinigte Europa muß in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten gebracht werden, nicht nur im Rahmen von Verträgen, wie sie bisher galten, sondern ganz umfassend für entscheidende Fragen und für neue Aufgaben.

Das ist der eine Pfeiler der Brücke.

Der andere Pfeiler ist unser Wille, überall da, wo es möglich ist, für die Menschenrechte einzutreten. Für die Menschenrechte überall, denn nur dann werden wir glaubhaft sein, wenn wir uns dabei nicht nur auf unsere eigenen Landsleute beziehen.

Ich meine, daß die Sowjetunion erst dann, wenn ihr ganz klar sein wird, daß Europa nicht mehr auseinanderdividiert werden kann, in den entscheidenden Fragen zu konkreten Verhandlungen bereit und fähig sein wird. Vorher nicht. Vorher wird sie es immer noch für billiger und zweckmäßiger halten, Europa auseinanderzudividieren. Diese qualvoll langen Verhandlungen etwa bei der Aufnahme Großbritanniens in die EWG sind doch - ungeachtet der wirtschaftlichen Lage im Sowjetblock, die keineswegs sehr beneidenswert ist - nur ein Geschenk, gratis und franko, an die Sowjetunion. Ohne das sich vereinigende Europa wären wir Deutsche in einer Weise auf uns allein gestellt, die uns schmerzlich deutlich machen würde, daß diese Aufgabe und der Anspruch, den wir zu stellen haben, nicht als enge, nationale Aufgabe lösbar sind.

Was den anderen Pfeiler betrifft, überall für die Menschenrechte einzutreten, möchte ich ihn so charakterisieren: Der eine Teil Deutschlands ist unter Fremdherrschaft gestellt und die Ziele jener, die dort im Namen der fremden Herren die Macht ausüben, können wir nur wirkungsvoll durchkreuzen, wenn wir überall die Lage der Deutschen drüben, die Verletzung der Menschenrechte anprangern und nicht müde werden, uns für Erleichterungen einzusetzen. Es kommt dabei nicht auf Deklamationen an, sondern auf das, was man tun kann. Nur dann werden wir glaubwürdig. Ich würde dankbar sein, wenn z.B. der Bundeskanzler, eines Tages es für möglich halten würde, in einem Brief an den sowjetischen Regierungschef den Tadel aufzugreifen, der mit dem deutschen Memorandum vom Februar d. Jahres gesponnen wurde.

Wir sollten alle, Regierung, Parlament, private Organisationen, Verbände usw., bereit sein, in dieser Richtung aktiver zu werden. So hat das Kuratorium Unteilbares Deutschland, abgesehen von allem anderen, vor kurzer Zeit einen Schritt getan, von dem ich hoffe, daß es kein einzelner Schritt bleiben wird. Ich meine jene Eingabe an die Vereinten Nationen wegen der Verletzung der Menschenrechte.

Wir dürfen es uns nicht verdrießen lassen, daß es sich im einzelnen um viele kleine Schritte handeln wird, bei denen keineswegs sofort ein eindeutiger Erfolg sichtbar sein wird, aber gerade das wird deutlich machen, daß wir uns um jeden Zoll Erleichterung und um jede kleine Verbesserung der Lage derer mühen, die in der Unterdrückung leben müssen. Um so mehr werden wir erreichen, daß sich auch andere dafür einsetzen, daß sie diese Dinge nicht als nationale Querellen der Deutschen und bestenfalls noch als ein leider unvermeidliches Produkt der Spannungen zwischen Ost und West betrachten; ihnen wird nicht entgehen, was es dabei für eine Summe menschlicher Tragödien gibt. Es muß amtlich, privat, institutionell und organisatorisch mehr getan werden.

Ich möchte an die Maxime erinnern, die der Bundespräsident geprägt hat, daß wir uns um die Angelegenheiten Berlins so kümmern müßten, als hinge ihre Lösung ganz allein von uns ab. Sie hängt nicht allein von uns ab, aber wenn wir uns so darum bemühen, dann kann es gutgehen. Wir müssen die Bevölkerung der Zone fühlen und erleben lassen, daß wir uns als Gemeinschaft ihnen verpflichtet fühlen und entsprechend handeln.

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland kann die politischen Parteien nicht ersetzen, aber es kann zusammen mit allen Kräften aus der Politik eine moralische Kraft werden, die uns selbst und in der Berührung und Begegnung mit der übrigen Welt Impulse gibt, bei anderen Impulse erweckt und Kräfte auslöst und Kräfte verbinden hilft, die den Menschen in der Unterdrückung zu ihrem Recht verhelfen.

Botschafterwechsel in Ostberlin

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Als die Ostberliner Zeitungen am 1. Dezember die Ablösung des sowjetrussischen Botschafters Perwuchin meldeten, wurde, offensichtlich nicht ohne Absicht, wenig Aufhebens von diesem Botschafterwechsel unter den Linden gemacht. Ganz im Stile einer Hofmeldung teilte ADW mit, "Im Zusammenhang mit der Übernahme einer anderen Aufgabe" sei Perwuchin als "außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in der DDR" abgelöst worden. Aus der Meldung ging gleichzeitig hervor, daß Perwuchin seine Abschiedsbesuche bei Ulbricht und Grotewohl bereits hinter sich hatte. Außer der Tatsache, daß Ulbricht Perwuchin "brüderliche Grüße" an den Obersten Sowjet und den Ministerrat der UdSSR sowie an das ZK der KPdSU mit auf den Weg gab, wurde lediglich mitgeteilt, Ulbricht habe dem scheidenden Botschafter auch für seine Bemühungen gedankt.

Die Ablösung eines Botschafters ist auch in kommunistischen Staaten gewiss nichts Ungewöhnliches. Perwuchins Rückberufung nach Moskau war schon vor einem Jahr erwartet worden, als Moskaus Botschafter in Ostberlin von Chruschtschow zusammen mit Worischilow und Malenkow ganz offen als "Parteifeind" bezeichnet worden war, womit seine Anhänglichkeit an den Stalinismus angeprangert wurde. Perwuchin war gleichzeitig auch aus dem ZK der KPdSU ausgeschlossen worden. Wenn der Botschafter Moskaus trotzdem vorläufig noch auf seinem Posten verblieb, so unterstreicht das nur die alte Erfahrung, daß gewöhnlich für Moskau seine Botschafter im Ausland nicht zu der Gruppe der entscheidenden Funktionäre gehören.

Ändert Moskau seine Berlinpolitik ?

Es bleibt aber doch die Frage, ob hinter der Ablösung Perwuchins vielleicht doch mehr als eine Routineangelegenheit zu erblicken ist. Perwuchins Abgang könnte durchaus als ein Symptom für eine Änderung der Taktik in der sowjetischen Deutschland- und Berlinpolitik betrachtet werden. Die Zeitspanne, in der Perwuchin als Botschafter und damit als Ratgeber für Ulbricht wirkte, fällt - wenn nicht alles täuscht - mit einer bestimmten Phase der Moskauer Politik gegenüber dem Westen zusammen, die jetzt offenbar nach dem Kuba-Abenteuer ihr Ende gefunden hat.

Als Perwuchin im Februar 1958 als Nachfolger Puschkins die Sowjetbotschaft in Ostberlin bezog, geschah das zu einer Zeit, als sich Chruschtschow bereits zur Einleitung einer neuen aggressiven Berlinpolitik entschlossen hatte. Wenige Monate vorher hatten sich in Moskau anlässlich des 40. Jahrestages der Oktober-Revolution die KP-Führer aus aller Welt zusammengefunden, um durch Chruschtschows Mund die

Botschaft von der totalen Überlegenheit des "Sozialismus" über den kapitalistischen Westen zu vernennen, ein Anspruch, der durch den ersten Sputnik unterstrichen werden sollte. Das Ultimatum Moskaus in der Berlin-Frage vom 27. November 1958 war ohne Zweifel schon konzipiert, als Moskau Perwuchin nach Ostberlin auf den Weg schickte, der gewissermassen auch als Vorreiter dieser neuen offensiven Politik fungieren sollte.

Stalinist Perwuchin

Daß Perwuchin, dessen Bindungen an den Stalinismus auch damals nicht unbekannt gewesen sein dürften, zu dieser Aufgabe ausersehen wurde, kann retrospektiv nicht überraschen, wenn man sich der Einzelphasen der aggressiven Politik gegenüber Westberlin erinnert. Ebensovienig überraschend kann es aber sein, dass Chruschtschow gerade jetzt den Zeitpunkt für die Rückberufung Perwuchins für gekommen hält. Fällt diese Ablösung nicht mit dem Zeitpunkt zusammen, an dem Moskau nicht nur seine Drohung mit einem separaten Friedensvertrag eingestellt hat und bezüglich Westberlins nicht einmal mehr die Entmilitarisierung fordert?

Perwuchin selbst hat sich - eine seiner letzten Handlungen - als Instrument einer politischen Taktik entlarvt, die Chruschtschow heute nicht mehr opportun erscheint. Am Vorabend des 45. Jahrestages der Oktoberrevolution veröffentlichte Perwuchin im "Neuen Deutschland" (6. November) einen Artikel, in dem er - als hätte er die Sinneswandlung seines Moskauer Herrn nicht verstanden, über die sich damals schon Ulbricht im klaren war - nach wie vor mit dem Abschluß eines Separatfriedens "mit allen sich daraus ergebenden Folgen für Westberlin" drohte.

Der Nachfolger Perwuchins auf dem Ostberliner Botschafterstuhl, Abrassimow, war von 1957 bis 1961 sowjetischer Botschafter in Warschau, er konnte damit die Liberalisierung des kommunistischen Regimes in Polen, wie sie damals von Gomulka nach dem "polnischen Frühling" vom Herbst 1956 forciert wurde, aus nächster Nähe verfolgen. Die nächsten Monate werden zeigen, ob seine Versetzung nach Ostberlin nach dem Abgang Perwuchins symptomatische Bedeutung besitzt.